

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Stur. für Nachgeladene: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1928 bei dgl. zweimonatlicher Aufstellung drei Haus 1,50 Mk. Goldbeimessung für Monats Februar 3 Mark ohne Postaufschlaggebühren.
Einzelnnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet die empfangen 30 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklametexte 20 Pfg., außerhalb 30 Pfg., Chiffrengebühr 30 Pfg., wenn Aufruf an den Voranschlag.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 38-42

Druck u. Verlag von **Veit & Reichardt** in Dresden
Schlesier-Rente 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresdner Nachr. wüßigen Unberechtigten Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gachsen an den Reichsernährungsminister.

Der Schritt des sächsischen Gesandten zugunsten der sächsischen Landwirtschaft.

Der Brief, der die Aussprache herbeiführte.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Febr. Wie bereits gemeldet, fand am Montag zwischen dem sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, eine Unterredung statt, die die Räte der sächsischen Landwirtschaft zum Gegenstand hatte. Dr. Gradnauer überreichte Reichsminister Schiele persönlich ein Schreiben. Wir sind heute in der Lage, den Wortlaut dieses Briefes mitzuteilen. Er lautet wie folgt:

4. Februar 1928.

Sächsische Gesandtschaft Berlin B. 9

An das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, zu Händen des Herrn Reichsministers Schiele.

Die Veranstaltungen der sächsischen Landwirtschaftskammer in Dresden in den Tagen vom 23. bis 26. Januar dieses Jahres, die im wesentlichen den Zweck hatten, in der gleichen Weise wie in den Vorjahren, durch Vorträge über landwirtschaftlich-technische und allgemein wirtschaftliche Fragen den sächsischen Landwirten Anregung und Belehrung zu geben, stehen auch in zahlreichen sachlichen Vorträgen mit weit größerer Deutlichkeit als in früheren Jahren die außerordentliche Not erkennen, in der sich gegenwärtig die Landwirtschaft befindet. Statistische Darlegungen über die zunehmende Verschuldung, namentlich gegenüber den Genossenschaftlichen, Ausführungen über das Verhältnis der weltlichen landwirtschaftlichen Bedarfsartikel zu den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Angaben über das Anwachsen der sozialen Lasten und über die Buchabläufe zahlreicher gutgeleiteter Betriebe geben deutliches Zeugnis von dem fehlenden jeglicher Rentabilität der Landwirtschaft.

Am stärksten und nachhaltigsten kam aber die durch diese wirtschaftliche Not hervorgerufene, an Verzweiflung grenzende Stimmung der Landwirtschaft zum Ausdruck bei einer mehrstündigen Aussprache, die der sächsische Ministerpräsident im Hinblick auf die Hauptversammlung des Landbundes einer höchstbedeutenden Abordnung der sächsischen Landwirtschaft gewährte. Hierbei wurde die als Anlage beigefügte Kundgebung des sächsischen Landbundes überreicht, in der schon seit langem getragene, immer wachsende und in ihrem Ende nicht abzusehende Not hervorgerufen wurde. Immer wieder klang es hindurch, daß die bisher von Reich und Land der Landwirtschaft gewährte Hilfe nicht imstande gewesen sei, diesem Anwachsen des wirtschaftlichen Druckes Einhalt zu tun, weil Kredit- und Wirtschaftskredite solange nur eine weitere für die Betriebe gefährliche Verschuldung herbeiführten, als nicht eine Rentabilität der Wirtschaft garantiert sei. Diese aber könne nach Ansicht der Landwirtschaft nur durch einen ausreichenden Schutz der heimischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen die preisdrückende Konkurrenz des unter weit günstigeren Bedingungen produzierten Auslandes und dadurch erreicht werden, daß auch durch Herabminderung der Ansprüche von Reich, Staat und Gemeinden und durch Einschränkung der sozialen Lasten die Steuerlasten und die Beiträge an die öffentliche Versicherung erheblich herabgemindert würden.

Eine weitere, die sächsische Landwirtschaft in besonderem Maße betreffende Notlage sei ferner durch die Unmöglichkeit hervorgerufen, die nötigen Arbeitskräfte zu bekommen. Bei Besprechung des Steuerdrucks wurde von mehreren Rednern besonders eindringlich darüber klage geführt, daß viele in den Jahren nicht noch immer nicht das volle Verständnis dafür zeigten, zu welchen verheerenden Auswirkungen es führen müßte, wenn die Landwirtschaft ausnahmslos um ihren steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen, entweder neue hochverzinsliche Schulden zu machen oder in die Erhaltung der Wirtschaft unbedingt erforderlichen Viehbestände und Vorräte, also in die Zubehöre, einzugreifen. Vieles an der Steuerbehörden der Landwirtschaft auf ihre Stundungsgesuche hin nur eine auf wenige Wochen bemessene Frist und schritten sodann ohne jede Rücksichtnahme zu Zwangsmaßnahmen.

Zur Frage der Beschaffung von Arbeitskräften wurde darauf hingewiesen, daß diese durch die wirtschaftliche Struktur Sachsens ganz besonders kritische Frage nicht nur die Großbetriebe, sondern mindestens in gleichem Maße auch die bäuerlichen Wirtschaften betreffe, weil die schon in den letzten Jahren bei dem Mangel genühender fremder Arbeitskräfte wachsende Notwendigkeit eigener körperlicher Ueberanstrengung die Leistungsfähigkeit des Bauern und der Bauerfrau sichtbar zu mindern beginnt; für den kommenden Winter sei aber noch mit Steigerung des Arbeitermanuels zu rechnen. Nach der von einer Seite vorgetragenen Ansicht kann diese Frage nur durch einen völligen Verzicht auf die Konsolidierung der ausländischen Arbeiter und Erlass durch ein einfaches Genehmigungsverfahren gelöst werden.

Die Ausgaben der Landwirtschaftsbetriebe für soziale Lasten gegenüber der Vorjahreszeit um 600 bis 700 Prozent gestiegen. Auch sei eine weitere Steigerung der Löhne nur möglich, wenn gleichzeitig durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen auch eine Steigerung der Lohnnahmen sichergestellt sei. Vor allem wurde hierbei auf die zurzeit schwebende Frage der Neuzeitung der Landarbeiterlöhne für Mitteldeutschland hingewiesen und darauf, daß die anfänglich der Tarifverhandlungen in Halle vom Schlichter in Aussicht genommene Erhöhung des Grundlohnes um 2 Pfg. für die Stunde eine Mehrausgabe von etwa 12 Reichsmark je Hektar und Jahr zur

Folge haben werde, eine Anwendung, zu der die Landwirtschaft gegenwärtig völlig außerstande sei. Des weiteren wurde nachdrücklich eine schärfere Aufsicht über die Arbeitsnachweise gefordert, damit dem jetzt häufig wahrgenommenen Zustand vorgebeugt werde, daß Erwerbslose die ihnen angegebene Arbeit in der Landwirtschaft ablehnen, aber gleichzeitig Erwerbslosenunterstützung weiter beziehen.

Der der Abordnung angehörende Vertreter der Pächter führte noch besondere Klage darüber, daß das Gesetz vom 9. Juli 1926 über die Ermöglichung der Kapitalbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter im wesentlichen nur auf dem Papier stehe, weil das Reich nicht mit der Verabschiedung des Gesetzes zugleich dafür Sorge getroffen habe, daß den Kreditinstituten auch die zur Gewährung von Krediten an Pächter erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Ueber die Erwidern der sächsischen Regierung auf diese Klagen bitte ich das Nähere aus dem beiliegenden Bericht aus Nr. 25 der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 30. Januar 1928 (Anlage I) zu entnehmen.

Entsprechend der vom sächsischen Ministerpräsidenten der Abordnung gegebenen Zulage bin ich beauftragt worden, der Reichsregierung vom Inhalt der Kundgebung des Sächsischen Landbundes und den zu ihrer Begründung gemachten mündlichen Ausführungen Kenntnis zu geben und dabei folgendes zu erklären:

Die sächsische Regierung ist sich dessen bewußt, daß die von den Vertretern der sächsischen Landwirtschaft vorgebrachten Klagen und Wünsche sich im wesentlichen mit denjenigen decken, die in diesen Tagen vom Reichslandbund in Berlin zur Kenntnis der Reichsregierung bereits gebracht worden sind, und die auch sonst allenthalben im Reich in Verhandlungen und wirtschaftlichen Kundgebungen den Behörden und der Öffentlichkeit gegenüber geäußert worden sind. Sie hält es aber trotzdem für ihre Pflicht, der Reichsregierung diese Kundgebung noch ausdrücklich mitzuteilen. Im Hinblick darauf, daß in Sachen, einmal durch die wirtschaftliche Struktur des Landes die Arbeiterfrage ganz besonders akut geworden ist und sich, wie schon öfter ausgeführt, auch gerade in den bäuerlichen Betrieben über als vielleicht anderwärts auswirkt, und sodann, weil die sächsische Landwirtschaft unter den Witterungseinflüssen der letzten Jahre, die teilweise dauernden Schäden in der Ertragsfähigkeit der verschiedenen Flächen herbeigeführt hatten, in einer Weise zu leiden gehabt hat, wie sie nach diesem Darfhalten in dem gleichen Umfang wohl anderwärts sich nicht ohne Zwischentritt einzelner Normaljahre ausgewirkt haben werden.

Die sächsische Regierung hat die in dem Zeitungsbericht angegebene Erleichterungsmaßnahmen ins Auge gefaßt, wohl wissend, daß sie nicht dazu ansetzen konnten, der Notlage der Landwirtschaft in ihrer Allgemeinheit irgendwelche Hilfe zu vermitteln; sie ist ja auch hierzu vollkommen außerstande, weil die meisten der in der Kundgebung behaupteten Klagen zur Zuständigkeit des Reiches gehören. Durch diese Hilfsmassnahmen ebenso wie durch alles das, was von ihr schon in den letzten Jahren zur Milderung der durch Unwetterbeschädigungen verursachten Not getan worden ist, hat sie zum Ausdruck bringen wollen, daß sie die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft als eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens ansehen. Denn wenn auch die landwirtschaftliche Bevölkerung Sachsens nur etwa 10 Proz. der Gesamtbevölkerung ausmacht, so spielen doch die Ertragsstoffe der rund zwei Drittel des gesamten Flächenraums Sachsens ausmachenden Landwirtschaft die wichtigsten Rolle für die Gesamterzeugung unseres Volkes eine so beachtenswerte Rolle, daß die Regierung sich der Pflicht bewußt ist, der gegenwärtigen Landwirtschaftskrise ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ich beehre mich, dem erhaltenen Auftrag entsprechend, an die Reichsregierung das ergebnisse und dringende Ersuchen zu richten, auch ihrerseits sich der Notlage der sächsischen Landwirtschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit anzunehmen und über die sächsische Regierung darüber auf dem laufenden zu halten, welche Maßnahmen seitens des Reiches zur Ueberwindung dieser Krise gegenwärtig geplant werden.

gez. Dr. Gradnauer.

Die Deutsche Volkspartei Bayerns gegen den Einheitsstaat.

München, 8. Febr. In einer stark besuchten Versammlung der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei, in der das Referat des Abends der früheren Reichstagsabgeordnete Dr. v. Calker hielt, der unter dem Beifall der Versammlung ein eindeutiges Bekenntnis zum Bundesstaat ablegte, teilte der Vorsitzende der Versammlung, Rechtsanwalt Ventner, mit, daß die Landesvorstandschaft der Deutschen Volkspartei in Bayern in Berlin Verwahrung gegen die Reichstagsrede Dr. Cremers mit der Parole für den Einheitsstaat eingelegt habe.

Einigungsverhandlungen zum mitteldeutschen Streik.

Berlin, 8. Febr. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers haben heute vormittag Einigungsverhandlungen zur Beilegung des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks begonnen. Den Vorsitz führte Direktor Lappgens vom Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt.

Justizreform im Rahmen einer Verwaltungsreform.

Von Amtsgerichtsrat Dr. Eichenbach.

Wir Deutsche haben stets als Leute gehalten, die nicht nur zu denken, sondern auch zu handeln verstehen, wenn sie das Handeln als Notwendigkeit erkannt haben. Es will aber fast scheinen, als ob die nun schon seit Wochen und Monaten nach den verschiedensten Seiten hin theoretisch erörterte Frage einer Verwaltungsreform eine Ausnahme hiervon werden sollte. Die Länderkonferenz, welche die Grundlagen für eine Verwaltungsreform schaffen sollte und an die so große Erwartungen geknüpft worden sind, hat so gut wie ergebnislos geendet, und abgesehen von der bekannten schiedlichen Denkschrift, die eine Grundlage für eine sächsische Verwaltungsreform bietet, ist irrend etwas Positives bisher kaum geleistet worden. Schon hört man viele Zweifler sagen, daß es schließlich heißen wird: Parturient montes, nascitur ridiculus mus. Die Frage einer Verwaltungsreform ist aber doch wohl zu wichtig, um so abgetan zu werden, sie ist eine Notwendigkeit geworden und daher muß gehandelt werden.

Der Hauptgrund, daß trotz dieser Erkenntnis bisher so wenig geschehen ist, liegt darin, daß man mit der Verwaltungsreform eine Reihe weiterer Fragen von höchster politischer Bedeutung verbindet, die notwendigerweise eine Lösung der gesamten Reform verhindern oder erschweren müssen. So ist der Gedanke, bei dieser Gelegenheit das politische Ziel des sogenannten Einheitsstaates zu erreichen, sehr wenig glücklich, weil dieses Bestreben von anderer Seite den schärfsten Widerspruch auslösen muß. Würde man dagegen das Problem zunächst vom streng sachlich-wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten, so würde man die auch dann noch mit ihm verbundenen politischen Fragen lösen können, ohne dabei den Aufbau des Deutschen Reiches anzufassen zu müssen.

Im Rahmen der Frage einer Verwaltungsreform ist auch bereits die einer Justizreform erörtert worden. Auch hier hat man in erster Linie vorgeschlagen, den Ländern die Justizverwaltungen zu nehmen und die Justiz zu vereinfachen. Man hat daher auch hier eine Frage von vorwiegend politischer Bedeutung vor die sachlich-wirtschaftliche gestellt. Eine Vereinfachung der Justizverwaltung wird nur geringe Ersparnisse bringen, zumal, da selbst in diesem Falle nach den bisherigen Vorschlägen für gewisse Fragen, so vor allem für die Personalangelegenheiten, doch noch in den Ländern Justizverwaltungsämter gehalten werden sollen. Einheit des Rechts und einheitliche Handhabung der Gesetze sind aber auch ohne Vereinfachung der Justiz sehr wohl möglich. Die Grundlage einer einheitlichen Rechtsprechung ist, soweit ein solches Ziel überhaupt zu erreichen ist, durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts gewährleistet und dort, wo überhaupt noch Wesensgebeug der Länder Platz greift, dürfte sie in deren besonderen Verhältnissen begründet und daher nur nützlich sein.

Wünscht man daher eine Justizreform und wünscht man zugleich, daß dieser Gedanke rascher vorwärtschreite, so wird man den Wunsch einer Vereinfachung der Justiz zurückstellen müssen. Andererseits darf sich aber eine Justizreform auch nicht nur auf einige kleine Sachersparnisse beschränken. Auf solche laufen aber, namentlich soweit es sich um die Justizverwaltung handelt, hauptsächlich die Reformvorschläge der schiedlichen Denkschrift hinaus, und sie können auch nicht weitergehen, da sie sich im Rahmen der sächsischen Verwaltung halten müssen. Die Reformvorschläge von Präsident Schiele für die Justizverwaltung bestehen einmal in der Abgabe einer größeren Anzahl von Verwaltungsgeschäften des Justizministeriums an den Oberlandesgerichtspräsidenten und die Landesgerichtspräsidenten. Sie bedeuten daher insoweit mehr eine Verschlebung der Aufgaben als eine erhebliche Ersparnis. Ferner sollen zwei Landesgerichte und 27 Amtsgerichte eingezogen werden, deren Dienstgeschäfte auf die fortbestehenden Gerichte zu verteilen sind. Daraus würden einige Sachersparnisse folgen, doch muß ernstlich gefragt werden, ob der Schaden, der den hierdurch betroffenen Orten entstehen würde, den doch nur geringen Nutzen auf der anderen Seite nicht aufwiegt und ob es nicht wichtiger ist, eine Neuverteilung der Gerichtsbezirke entsprechend der Entwicklung von Wirtschaft und Verkehr an Stelle der Einziehung von Gerichten zu erwägen. Zielt man aber überhaupt die Frage der Weidensparnis in den Vordergrund, so muß eine Justizreform, wenn sie wirkungsvoll sein soll, vom Reiche aus gehen und das Ziel verfolgen, die Aufgaben der Justiz berart zu vereinfachen, daß dadurch wesentliche Personalveränderungen und insolge davon eine Beschränkung des Personalaufwandes stattfinden kann, wie dies von Seiten der Wirtschaft anlässlich der Verabschiedung der Besoldungsvorlage für alle Verwaltungszweige gewünscht worden ist.

Solche Ersparnisse lassen sich erzielen, und zwar auf doppelter Weise. 1. Es kann die Abgabe gewisser Auf-

gaben der Justiz von der höheren an die mittlere Beamtenklasse in größerem Umfang erfolgen, als dies bisher geschehen ist. Dies wird vor allem auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Nachlass-, Vormundschafts- und Grundbuchsachen möglich sein, und zwar hier wiederum, soweit es sich um Geschäfte vorwiegend verwaltungsmäßiger Art handelt, bei denen schon längere Dienstjahre die erforderlichen Kenntnisse vermitteln. Eine reichsrechtliche, ins Einzelne gehende, einheitliche Regelung ist bei der jetzt noch bestehenden großen Verschiedenheit der Behandlung dieser Frage durch die Länder erforderlich. Immerhin kann durch eine solche Abgabe von Dienststellen höherer Beamter an mittlere nur eine beschränkte Entlastung stattfinden, da sie ihre Grenze überall dort findet, wo ein besonderes, nur durch ein sorgfältiges Studium zu erlangendes juristisches Wissen nötig ist. Es wird daher noch ein anderer Weg einzuschlagen sein.

2. Dieser zweite Weg ist folgender. Es muß eine Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Verfahrensregeln mit dem Ziele erfolgen, den Justizetat wesentlich zu entslasten. Auch an eine Aenderung der Gesetze materiell-rechtlichen Inhalts kann gedacht werden, doch ist eine solche zu bedenken, da die Güte der Rechtsprechung durch eine Reform unter keinen Umständen leiden und das Moment der Erparnis insoweit nicht betont werden darf. Eine weitere Einschränkung ist ferner dahingehend zu machen, daß das Gebiet der Strafrechtspflege zunächst so gut wie ganz auszuweichen haben wird, da die hier erst vor wenigen Jahren stattgefundenen größeren Reformen Zeit haben muß, sich auszuwirken und erprobt zu werden. Dagegen bietet die freiwillige Gerichtsbarkeit ohne Zweifel ein reiches Feld für eine reformatorische Tätigkeit. Schon durch eine grundsätzliche Zuweisung sämtlicher erksinstanzlichen Sachen sowie der Sachen von den Landgerichten an die Amtsgerichte ließe sich wahrscheinlich etwa ein Drittel der jetzt am Landgericht mit diesen Sachen in erster Instanz beschäftigten Richter sparen, da in den Kammern des Landgerichts naturgemäß viele Arbeit doppelt geleistet werden

muß. Dazu kämen die weiteren Erparnisse, die daraus folgen, daß über die Berufungen und Beschwerden in diesen den Oberlandesgerichten zugewiesenen Sachen an Stelle der Senate des Oberlandesgerichts nur noch die Zivilkammern des Landgerichts zu entscheiden hätten. Nur für besonders wichtige Sachen brauchte die erksinstanzliche Zuständigkeit des Landesgerichts vorbehalten bleiben. Ferner wäre eine Einschränkung des Inhabenzuges nicht nur allein aus Erparnisgründen erwünscht.

In zivilprozessualer Hinsicht wurde besonders eine Vereinfachung der Streitigkeiten über Fragen der Rückgängigkeit, des Beweisverfahrens, vor allem soweit es den Beweis durch Eid betrifft, der Urteilsbeschaffung durch Wegfall der oft stundenlangen Trennung des Urteils in zwei Teile, den Tatbestand und die Gründe, und manches andere mehr in Frage kommen. Auch könnte eine Beschleunigung der Zivilprozesse dadurch erreicht werden, daß das Gericht in größerem Umfange als bisher das Recht erhält, einen Sprung auf die Parteien zu einer schnellen erschöpfenden Klagebegründung und Klagebeantwortung auszusprechen.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier in sachwissenschaftlicher Art und Weise die mannigfaltigen Möglichkeiten einer Justizreform zu erschöpfen. Gezielt soll nur werden, daß es mehr als einen Weg für sie gibt, und daß sie möglich ist, wenn der Wille zum Handeln vorhanden ist. Zweifellos werden auch die Widerstände dagegen groß sein. Gärten, die für einzelne daraus entstehen könnten, ließe sich dadurch beseitigen, daß nur eine allmähliche Ueberleitung oder Einschränkung der einzelnen Aufgaben stattfindet. Auf jeden Fall bietet aber die Frage der Verwaltungsreform zugleich Gelegenheit, mit so mancher veralteten Verfahrensvorschrift zu brechen, die dem rechtshandhabenden Volke immer fremd und unverständlich bleiben wird. Diese Gelegenheit sollte nicht veräußert, vielmehr alles versucht werden, in einer Zeit, in der die Justiz unpopulär ist und unpopulär gemacht wird, jeden vernünftigen Grund hierfür zu nehmen. Daher muß es heißen: **Justizreform im Rahmen einer Verwaltungsreform!**

Vertikales und Sächliches.

Mitteilungen aus der Gesamtrats-Sitzung am 7. Februar.

In Verbindung mit der Umgestaltung des Stadtkaufmannslandes (Neubau des Landesfinanzamtes und Terrassenbau an der Elbe) ist ein

Erweiterungsplan für den städtischen Spielplatz geplant, der dem dringenden Bedarf an weiterem Lagerraum, insbesondere für den Tabakhandel, abhelfen soll. Der Rat genehmigt die Planung und den Kostenaufschlag für den Erweiterungsbau mit einem Aufwande von etwa 2,5 Mill. RM, dessen Deckung aus einer Auslandsanleihe vorgemerkt ist. Mit dem Bau wird erst begonnen werden, sobald die Beschaffung der Mittel gesichert ist.

Bei der Reichsversicherungsanstalt für Anhalt (400 Wohnungen) der mit der Anstalt in Verbindung stehenden Heimstätten-Gesellschaft Groß-Dresden ein **Reichsheimstättenbau** von rund 8 Millionen RM. ausgenommen werden. Auch der etwa verbleibende Betrag dieses Darlehens soll zur Beschaffung von Kleinwohnungen für Minderbemittelte verwendet werden.

Man genehmigt die Errichtung von zwei Doppelwohngebäuden auf dem Gelände des Obdachs Pieschen zur Unterbringung obdachloser Familien und die Umgestaltung von 3 Dienstwohnungen des Obdachs in 6 Obdachlosenwohnungen. Die Baukosten in Höhe von 302.600 RM. sollen aus Mietzinssteuererträgen von städtischem Grundbesitz gedeckt werden.

Auf dem **Alteisenplatz** ist die Errichtung einer **Strohhalmwarte** mit unterirdischer **Behälteranlage** geplant. Der von der Strohhalmwarte nicht übernommene Aufwand von 83.270 RM. wird aus der Anleihe bewilligt.

- Weiter werden bewilligt:
- a) 77.000 RM. zur Erweiterung des städtischen **Kinderspielparkes** in **Hilber** durch Ankauf von Waldgelände und zu baulichen Verbesserungen des Heimes;
 - b) 21.000 RM. zur Beschaffung einer zweiten **Zugmaschine** und von vier **Postkraftwagenanhängern** für den städtischen **Postdienst**.

Die Einkommensteuerveranlagung des Hausbesitzes.

Wir werden vom Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine gebeten, nachstehende Zeilen aufzunehmen:

Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Rund-
erlaß vom 28. Januar 1928 die Richtlinien für die Frühjahrsveranlagung 1928 zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bekanntgegeben, die auch den Hausbesitz betreffen. Der Erlaß hält es für zweckmäßig, wie in den Vorjahren, die Werbungskosten einschließlich Gebäudenutzung für den Hausbesitz zu verschärfen. Die Festsetzung der Pauschale bleibt den Landesfinanzämtern überlassen, indessen kann der einzelne Hausbesitzer trotzdem unter Nachweis der tatsächlichen Werbungskosten in Ansatz bringen. In Fällen, in denen der Hausbesitzer früher bereits den Nachweis seiner über den Pauschalbetrag hinausgehenden Werbungskosten gebracht hat, muß er auch diesmal die tatsächlichen Werbungskosten nachweisen. Das Finanzamt kann die als Werbungskosten in Ansatz gebrachten Unkosten nachprüfen. Ebenso wie im Vorjahr sind für die Absetzung der Gebäudenutzung 4 Proz. des Friedensbrandwertes aufgestellt worden. Vermaß der steuerpflichtige Hausbesitzer mit Rücksicht auf einen veralteten Brandwertwert die Unrichtigkeit dieses Prozentbetrages nachzuweisen, so kann er einen Schätzwert zureichenden Brandwertwert ermitteln lassen, sofern nicht vom Vermögenswert auszugehen ist.

Bei **Eigenhäusern**, die von den Eigentümern und ihren Angehörigen im wesentlichen selbst bewohnt werden, kann der Betrag von dem bisherigen Einkommen abgesetzt werden, um den die Werbungskosten den Wert des Eigenhauses übersteigen haben. Der Reichsfinanzminister weist in diesem Zusammenhang besonders darauf hin, daß die Finanzbehörden gehalten sind, in solchen Fällen die geltend gemachten Werbungskosten nachzuprüfen.

* Die **Landeshauptstadt** ist zu ihrer diesjährigen ordentlichen Tagung für den 5. März einberufen worden.

Die umstrittenen Kosten des Reichsschulgesetzes.

Der Städtetag fordert, daß das Reich die gesamte Belastung trägt.

Berlin, 8. Febr. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat dem Bundesausschuß des Reichstages eine Eingabe über die Kosten des Reichsschulgesetzes überreicht, in der die von der Reichsregierung vorgeschlagene Regelung, wonach den Ländern und Gemeinden eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden soll, abgelehnt wird. Nach § 54 des Finanzausgleichsgesetzes dürfe das Reich den Ländern oder Gemeinden neue Aufgaben nur zuweisen, wenn es gleichzeitig für die Bereithaltung der erforderlichen Mittel Sorge trägt. Eine befriedigende und erschöpfende Regelung des Kostenpunktes müsse deshalb im Reichsschulgesetz selber getroffen werden, und zwar in der Weise, daß die aus der Durchführung erwachsenden Kosten, gleichviel ob einmal oder laufend, vom Reiche erstattet werden. Nach den von einer Reihe von Ländern veranfaßten Schenkungsverbindungen werde es sich teilweise um sehr erhebliche einmalige oder laufende Beträge handeln, die in manchen Orten eine unerträgliche Mehrbelastung zur Folge haben würden.

Angehts des Umstandes, daß die Durchführung des Reichsschulgesetzes eine Vergrößerung der vorhandenen Volksschuleinrichtungen - Lehrstellen und Klassen - um durchschnittlich vielleicht 5 Prozent zur Folge haben werde, ergäbe sich eine laufende jährliche Mehrbelastung allein des preussischen Volksschulhaushaltes in Land und Gemeinden um über 40 Millionen Reichsmark und ein Anleihebedarf von rund 250 Millionen Reichsmark. Die Städte müßten hiernach darauf bestehen, daß für die großen Mehrausgaben infolge des Reichsschulgesetzes, die sie nicht tragen könnten, ausreichende Deckung beschaft und daß für die Erhaltung der Volksschulgesetz gesichert werde.

Die Vertretung des Reichs in München.

Die Haushaltsberatungen am Mittwoch.

Berlin, 8. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstages letzte heute die Beratung beim Haushalt des Reichspräsidenten fort, der angenommen wird. Es folgt der Etat des Reichsministeriums des Reichsfinanzamtes und der Reichsanleihe. Berichterstatter sind die Abg. Taubadel (Soz.) und Dr. Spahn (Z.). Von kommunistischer Seite wird angefragt, was an den Berichteten sei, daß trotz der entgegenstehenden Entschlüsse des Ausschusses die Ministerialzulagen erhöht werden sollen. Hierauf wird von Regierungssseite geantwortet, daß man nicht in der Lage sei, zu dieser Frage abschließend Stellung zu nehmen. Das Reichskabinett habe sich mit dieser Frage noch nicht wieder befaßt.

weil diese Angelegenheit in einem späteren Etat im Nachtragetat zu regeln sein werde.

Eine kritische **Ausgabe** knüpft sich an das Kapitel **Vertretung der Reichsregierung in München 54.000 RM.** Die Erörterung drehte sich um den kommunalistischen Antrag auf Streichung dieses Kapitels. Die Abgeordneten Dietrich-Baden (Dem.) und Freilich v. Richtofen (Dem.) beantragten, das Kapitel „als künftig wegzufallen“ zu bezeichnen. **Staatssekretär Dr. Pünder** erwidert, daß, solange die Mängel der innerstaatlichen deutschen Struktur nicht ausgeglichen seien, es ein unfreundlicher Akt gegen die süddeutschen Regierungen wäre, die Münchner Vertretung aufzuheben. In Darmstadt habe man bereits die Vertretung aufgehoben. Er bitte, in dieser Uebergangszeit die Reichsvertretung, nicht „Geandert“, in München bestehen zu lassen, und es auch nicht als „künftig wegzufallen“ zu bezeichnen. **Abg. Schulz-Bromberg (D.-N.)** spricht gegen die Aufhebung der Münchner Vertretung.

Beim Kapitel **Reichszentrale für Heimatdienst** entspinnt sich eine **Ausgabe über den Titel „Ausgabe für die sachliche Ausklärungsarbeit 522.000 RM.“**, von denen 22.000 RM. als künftig wegzufallen bezeichnet werden. Diese 22.000 RM. waren für einen „Wahlzettel“ bestimmt worden. Der parlamentarische Beirat hat aber die Verweisung eines solchen Titels aus diesem Titel abgelehnt. Demokraten und Zentrumsgesandte traten warm für die Reichszentrale ein, die bekanntlich leider nur selten den Wünschen aller politischen Kreise gerecht geworden ist. Von der Regierung wird die halbtägige Ueberprüfung der Reichszentrale für Heimatdienst durch den **Sparkommissar** in Aussicht gestellt. **Abg. Prof. Dr. Schreiber (Centr.)** weist auf die erzieherische Funktion hin, die die Zentrale für Heimatdienst in den Kreisen des Auslandsdeutschtums habe. **Wichtig** sei der Vorgang, daß das Ministerium des Innern unter dem früheren Innenminister Dr. Müllers von sich aus einen Waffenschein gestellt habe und nun von der Zentrale für Heimatdienst die Tragweite der Kosten verlange. Die beauftragte **Filmfirma** erweise ihm nicht vertrauenswürdig und nicht politisch taktvoll genug.

Bei den **einmaligen Ausgaben** wird sodann der **Erweiterungsplan für die Reichsanleihe** aus dem **Grundbuch Wilhelmstraße 78**, zweiter Teilbetrag 1.800.000 RM. besprochen. **Staatssekretär Dr. Pünder** teilt dazu mit, daß für diesen Erweiterungsbau ein **Preisauschreiben** erlassen gewesen sei. **Prof. Stedler** sei auf Grund des Gesamtergebnisses der endgültige Entwurf übertragen worden, der in einigen Tagen fertig vorzulegen werde. Die Grundsteinlegung findet in den nächsten Monaten statt, sobald die Verdingung des Frostes es gestattet. Der Rest des Etats wird genehmigt und die nächste Sitzung auf Donnerstag angelegt.

Brillanten **Drei Punkte!** **Stolle**
Langjährige Spezialerfahrung
Direktor Schlieffert-Zinkow
Vorteilhafte Eigenherstellung ermöglicht
billigste Preise. - Feinste moderne Verarbeitung.
Juwelier Ernst Stolle, Amalienstr. 12

Gastspiel des Pawlowa-Balletts.

Dresdner Opernhaus, am 7. Februar.

Anna Pawlowa und ihre Tänzergesellschaft: das ist wirklich große Kunst! Da braucht es nicht der Sensation der Grotto noch schreiender Reklame, da bleibt auch keine Enttäuschung zu fürchten noch Ueberdruß an allzu großer Ausfälschung unseres Kunstbetriebes. Was diese Künstlerin mit ihren Tänzern zu bieten hat, das steht so über allem Vergleich, ist so losgelöst von allen beengenden nationalen Schranken, selbst von den Bedingungen der Zeit und der Mode, daß es mit der Kraft der Selbstverständlichkeit überzeugt. Tradition ist es allerdings, Tradition eines an sich vergangenen Stils, des Stils des „alten“ Balletts. Aber jeder Stil erscheint in dem Moment wieder „gegenwärtig“, wo er mit absolut natürlicher Reife Erfüllung findet. Führt die **Ueda di Cammermor** mit einer ganz ersten Akrobatik und gleichwertigen Partnern auf, so wird der Operntyp des alten Donizetti lebendig werden, als sei er von heute. Und genau so ist es, wenn die Pawlowa alles Ballett tanzt. Selbst wenn man zunächst mit einem Anflug von Skepsis kommt und sich fragt: Wird sie denn noch auf der Höhe sein, wird sie wirklich immer noch Jahrzehnte der Entwicklung verpassen können? - selbst dann sagt man sich nach dem ersten drei Vias: sie schafft's noch, und, nach einer weiteren Viertelstunde: sie ist einzig, ist ein Phänomen! Auch diesmal wurde es wieder sichtbar, wie das Haus aus anfänglicher respektvoller Reserve schrittweise ins Feuer der Begeisterung geriet.

Es liegt in dem besonderen Wesen ihrer Kunst, daß die Pawlowa sich solcherart den Sieg immer erst wieder auf neue erringen muß. Diesmal hatte sie nun auch noch gegen Nachwehen unglücklicher Eindrücke einer abwegigen Aufführung zu kämpfen: die Enttäuschungen, die das sogenannte **Diaghilew-Ballett** und der russische Staatschor hier bereitet hatten, lagen in der Luft und mühten aus dem Bewußtsein des Publikums erst verdrängt werden. Obwohl das Pawlowa-Ballett nun binnen verhältnismäßig kurzer Frist nach zwei erfolgreichen Gastspielen schon zum dritten Male den Dresdener seine Kunst zeigt.

Eben deshalb hat der Abend, sachlich genommen, wesentlich neue Eindrücke nicht vermittelt. Er begann mit einer Ballettpantomime „**Amarilla**“ zu schöner Musik von Wagner und sonntiger ziemlich billiger Musik. Vorstellung einer **Blumenstruppe** vor einer vornehmen Hofgesellschaft; der **Tanzstar** der Truppe, **Amarilla**, verliebt sich in den Grafen, der aber nur Gold, keine Liebe für sie übrig hat. Ein Auf-

takt mit **Hofkutschken** zeigt gleich die ausgezeichnete Zusammensetzung des Ensembles: jedes dieser bildhübschen Mädchen und jeder der schon gewachsenen jungen Männer ist Künstler, kann etwas. Und alle arbeiten mit einer Disziplin zusammen, die so selbstverständlich ist, daß sie wie ungewollte Natur wirkt. Nun tritt **Amarilla-Pawlowa** mit **Roskoff** auf, und alsbald spielen alle Wunder einer Bewegungskunst, die den Reizen des menschlichen Wiederbaues wie den Gelegenheiten der **Schwerkraft** Hohn zu sprechen scheint, dabei reinste Verkörperung bewegter **Intensivität**, **schärfer** gewordenen **Ideal** höchster **Größe** ist. Ein einfach ungläublich virtuoser Lauf auf einer Fußspitze die ganze Tiefe der Bühne hindurch wird applaudiert, wie das hohe o eines Tenoristen. Zur **Virtuosität** kommt der **seelische Ausdruck** der **Gebärde** im **liebevollsten** Schluß. Als der Vortrag über der vernichtend **ausgemessenen** **Amarilla** fällt, raß das **Dauß** **Beifall**. Eine **„Hüllere“** **Sache** folgt: **bekannt** **Chopin-Länge**, von **russischen** **Komponisten** **instrumentiert**, in **teilweise** **allerdings** **etwas** **gezwungenem** **Tempo** **genommen**. Hier wird nun auch in der **Wandlung** mit dem **weißen** **Kärröckchen** **ganz** **der** **ältere** **Ballettstil** **betont**. **Silbrig** **gedämpfetes** **Licht**, dem **Personen** **Chopin'scher** **Musik** **entsprechend**, **über** **dem** **Ganzem**. Die **Pawlowa** **und** **Roskoff** **tanzen** **Walzer** **im** **träumerischen** **Schwärmerstil**, **Roskoff** **allein** **einen** **Naturka** **mit** **realistischer** **kräftiger** **Virtuosität**, die **Pawlowa** **deutet** **eine** **Prölude** **in** **fast** **schon** **an** **neuezeitliche** **Ausdrucksgebärde** **gemahrender** **Art**. Die **Umrahmung** **kunstvolle** **Ensembles** **mit** **gefonten** **Soll**. Als **dritte** **Abteilung** **beschließt** **den** **Abend** **ein** **„Divertissement“**. **Gott** **sei** **Dank!** **die** **schrecklichen** **Theaterunfälle**, **das** **einzig** **wirklich** **Ueberlebte** **in** **der** **ganzem** **Aufmachung**, **und** **verschunden**, **und** **ein** **schlichter** **Samtvorhang** **schließt** **die** **Bühne** **ab**. **Vor** **ihm** **kommen** **die** **durchweg** **sehr** **schönen**, **geschmackvollen**, **auch** **reichen** **Kostüme** **bestens** **zur** **Geltung**. **Der** **Schlager** **des** **Divertissements** **aber** **ist** **„Glühwürmchen“**, **„Gawotte“**, **von** **der** **Pawlowa** **und** **S. Michals** **mit** **so** **beglänzt** **liebenswerter** **Annuit** **im** **Directivestil** **getanzt**, **daß** **das** **Dauß** **völlig** **den** **Kopf** **verliert**. **Die** **Beifallsstürme** **schienen** **den** **Vorgang** **des** **Abends** **in** **Frage** **zu** **stellen**. **Aber** **die** **Pawlowa** **wiederholt** **nichts**; **so** **müß** **es** **schließlich** **doch** **weitergehen**. **„Der** **blaue** **Vogel“** **nach** **Tschakowski** **(Hilda** **Ustowa** **und** **S. Arnaud)** **und** **„Liebesleid“** **„Liebesfreud“** **nach** **Reisler** **von** **Rina** **Arlanova** **und** **S. Orlan** **haben** **sich** **als** **starke** **persönliche** **Talentgaben** **heraus**. **Aber** **auch** **ein** **Damen-Ensemble** **zu** **einem** **Vizzicato** **von** **Trigo** **läßt** **erneut** **bewundern**, **welche** **Fähigkeit** **von** **Begabung** **und** **Jugendlicher** **Schönheit** **in** **dieser** **Truppe** **bestimmen** **ist**, **und** **wie** **die** **Pawlowa** **versteht**, **Talente** **zu** **finden** **und** **heranzubilden**. **Ein** **Finale** **„Auf** **dem** **Balle“** **zu**

Tschakowski-Musik zeigt sie mit sechs Partnern nochmal selbst im Mittelpunkt längerischen Geschehens als unwahrscheinlich schön; und noch einmal werden alle Wunder dieses sabelhaft durchgebildeten Körpers in fließender Bewegung Erlebnis. Der nicht endenwollende Schlußfall beendete den erneuten Sieg der Pawlowa-Gruppe. Ein Lob auch für die **Sächsische Staatskapelle**, die selbst ungleichwertige Gebrauchsmusik an diesem Abend durch Adel des Klanges zu heben wußte, und an glänzend geprüfter **Rhythmik** hinter dem Geschehen nicht zurückstand. Der **Dirigent** **Baranowich** war hier ein temperamentsvoller Führer, doch bot er an **Gestern** weit mehr auf, als ein Orchester solchen Ranges von seinem Führer verlangt.
Dr. Eugen Schmidt

Kunst und Wissenschaft.

* **Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater**. **Opernhaus**: Der **Mozart-Jubel** morgen **Donnerstag** nimmt mit einer Aufführung der **„Coscialetti des Figaro“** (Antrittsreihe B), Anfang 7 Uhr, seinen Anfang.

Freitag, den 10. Februar, für die **Freitag-Antrittsreihe** der Reihe A vom 8. Februar, zweite Vorstellung des **Mozart-Jubels** „Die Entführung aus dem Serail“ mit **Plesel** von **Schuch**, **Erna Berger**, **Max Ditzel**, **Gertrud Lehmer**, **Ivar** **Andersen**, **Rudolf Schmalhauer**. **Musikalische** **Leitung**: **Hermann** **Rubischbach**. **Inauguration** **von** **Otto** **Erhardt**. **Anfang** **7 1/2** **Uhr**.

Als dritte Aufführung des **Mozart-Jubels** geht **Samstag**, den 12. Februar, **„Don Giovanni“** in neuer Einstudierung in Szene. **Musikalische** **Leitung**: **Fritz** **Busch**, **Spielleitung**: **Waldemar** **Staege**. **Bühnenbild**: **Professor** **Max** **Stevon**.

Schauspielhaus: **Freitag**, den 10. Februar (**Antrittsreihe** B), **„Ihr Mann“** von **Paul** **Gerald**. **Spielleitung**: **Kliff** **Wiener**. **Anfang** **7 1/2** **Uhr**.

Am **Donnerstag**, den 9. Februar, werden die **freigeordneten** **Antrittsreihen** der **Morgenblätter** 1927/28 in der **Zeit** **von** **vormittags** **10** **bis** **nachmittags** **2** **Uhr** **an** **der** **Schauspielhauskasse** **weitergegeben**.

* **Rehearsal-Theater**. **Sonabend**, 11. Februar, in neuer Aufführung zum **erkenntnis** **der** **Operettenwelt** **„Der** **Mitternachtstraßensänger“**. **Musik** **von** **Robert** **Stolz**, **dem** **Komponisten** **der** **Operette** **„Midi“**. **Anfänger**: **Robert** **Fuchs**-**Edla**. **Musikalische** **Leitung**: **Erich** **Stieger**. **Szene**: **Gertrude** **Gründig**. **Bühnenbild**: **Edla** **Stieger**. **Auch** **in** **dieser** **Operettenwelt** **ist** **Paul** **Ernst** **von** **Theriot** **an** **der** **Wien** **in** **einem** **kurzen** **Wahlteil** **verpflichtet** **worden**. **Sonntag**, 12. Februar, **nachm.** **14** **Uhr**, **acht** **um** **10**. **Walt** **als** **erfolgreiche** **Rehearsal-Theater** **„Hilfszahl“** **in** **Szene**.

Amtlich notierte Devisenkurse

Table with columns for location (in Berlin), date (8. Februar 1928), and various exchange rates for different currencies.

Amsterd., 8. Februar, 12 Uhr. Devisenkurse. London 12/9, 25, 12/10, 25, Paris 12/10, 25, Brüssel 12/10, 25, etc.

Berliner Produktenbörse vom 8. Februar.

Wenn auch die amerikanischen Getreidekurse stetig im großen und ganzen aber ruhig lagen, enttäuschte Liverpool mit seinen schwächeren Eröffnungsnotierungen...

Amtliche Berliner Produktenpreise

Table listing prices for various agricultural products like wheat, rye, and flour in Berlin.

Weitere Ermäßigung des Privatdiskonts.

Berlin, 8. Febr. Der Privatdiskont ist heute für beide Sichten um 0,125 Prozent auf 6,125 Prozent ermäßigt worden.

* Zum Handel an der heutigen Börse wurden zugelassen: 4.000.000 Reichsmark 1/2%ige Teilhaberschaften von 1927 der Sächsischen Gold- und Silberbank...

* Berliner Goldschmelzmarkt vom 8. Februar. Auftrieb: 1121 Rinder, darunter 280 Kühe, 284 Bullen, 607 Lämmer und Lämmerlein...

Berlin, 8. Februar. Edelmetalle: Gold 2,85, Silber 0,078, Platin 1 Reichsmark je Gramm.

Berliner Metallmarkt vom 8. Februar. (Preise für 100 Kilogramm in Goldmark. Elektrofluorierter Bize bars 185. Originalaluminium 210.)

Bremen, 8. Februar. Baumwollwolle. (Notierungen des Bremer Vereins für Terminhandel in Baumwolle nach Bestimmungen des Vereins.)

Vierpool, 8. Februar. Baumwolle. (Anfang.) März 9,30, Mai 9,30 bis 9,37, Febr. 9,22 bis 9,33, Oktober 9,18, Januar 9,14 bis 9,15.

Behandlungsmethoden der Dresdner Amtsgerichte.

Eingetragen wurde: Auf Blatt 20728: Die offene Handelsgesellschaft Fischer & Grohn in Dresden. Geschäftsführer sind die Kaufleute Franz Grohn und Albert Grohn...

* Auf Blatt 19227, betreffend die offene Handelsgesellschaft Fischer & Grohn in Dresden: Der als Geschäftsführer eingetragene Kaufmann...

Dresdner Konfurrei. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Oskar Johannes Frische in Dresden, Kurfürststraße 11, der Albertstraße 1 unter der Firma Oskar Frische ein Handelsgericht mit dem Geschäftsinhaber Oskar Frische...

Ueber den Nachlass der ledigen Kunstmalerin Irma Rindler, wohnt in Dresden-Plauen, Tolkewitzer Straße 51, wohnhaft gemeldet, ist das Konkursverfahren eröffnet...

Das im Grundbuche für Blasewitz, Blatt 170, auf den Namen Siegmund Wania eingetragene Grundstück soll am 27. März, vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle, Poststraße 1, 1. Stock, im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Das Amtsgericht hat am 4. dieses Monats die Verwalter des Nachlasses des am 3. Februar 1928 in Dresden verstorbenen, hiesigen Bankamtsbesitzers 9 wohnhaft gewesenen Baumeisters Otto Böhm...

Das Amtsgericht hat am 4. dieses Monats die Verwalter des Nachlasses des am 3. Februar 1928 in Dresden verstorbenen, hiesigen Bankamtsbesitzers 9 wohnhaft gewesenen Baumeisters Otto Böhm...

Berliner Kurse vom 8. Februar 1928

Large table of stock market prices for various companies and sectors in Berlin, including Deutsche Staats- und Stadtanleihen, Bank-Aktionen, Industrie-Aktionen, and Transportwerte.

Table of stock market prices for various companies and sectors in Berlin, including Fabrik, Bleist., Kalk., Porzellan, and others.

Table of stock market prices for various companies and sectors in Berlin, including Siemens, Glasind., and others.